

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

18.2.1928 (No. 42)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. K. m. e. n. b. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— M., einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Das deutsch-französische Handelsabkommen

Der Bericht des Abg. Falsch über die verschiedenen Zollvorlagen wurde am Freitag in der französischen Kammer verlesen. In dem Abschnitt über das deutsch-französische Handelsabkommen wird der Geist, der dieses Abkommen befeuert und der gemeinsame Wunsch hervorgehoben, auf der Grundlage des internationalen Rechts und gleichzeitig auf dem Grundsatze einer vollkommenen und gerechten Gegenseitigkeit die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder herzustellen.

Das Ergebnis, dem das Handelsabkommen mit Deutschland zustrebt, ist die Wiederherstellung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern, die ebenso notwendig ist für die französische innere Wirtschaft wie für die französische Expansion. Die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs kann sich nicht innerhalb eines geschlossenen Kreises vollziehen; sie muß heute den ausländischen Wettbewerb auf dem inneren Markt ertragen, wenn sie den Wettbewerb auf den ausländischen Märkten durchhalten will.

Das deutsch-französische Handelsabkommen zeigt der französischen Produktion ihre Pflicht an. Die französische Produktion muß sich aber auch der Ausfuhr zuwenden. Die Wiederherstellung der Währung geht um diesen Preis. Das sind die Gründe, aus denen der Zollauschuss vorschlägt, das deutsch-französische Handelsabkommen vom 17. August zu billigen.

W.B. Paris, 18. Febr. (Tel.) Auf Grund der gestrigen Nachricht der „Journée Industrielle“, wonach auf eine Vertagung der parlamentarischen Erledigung der Zollnovelle hingearbeitet werde, stellt der Zollauschuss der Kammer fest, daß der Minister der Kammer keineswegs die Besprechung der Zollnovelle vertagt habe, sondern daß die Kammer im Gegenteil in ihrer Sitzung vom 16. Februar beschlossen habe, die Ratifizierung der Handelsverträge und die Erörterung der Zollnovelle demnächst auf die Tagesordnung zu setzen.

Wechsel in der englischen Botschaft in Paris In einem Leitartikel schreibt der Londoner „Times“: Angesichts der Bedeutung von Paris bei der augenblicklichen Richtung der internationalen Angelegenheiten kommt der Nachricht, daß Sir William Tyrrell Lord Crewe als Botschafter in Paris nachfolgen wird, besonderes Interesse zu.

„Times“ zufolge verläutet, daß der jetzige Botschafter in Berlin, Sir Ronald Lindsay, Sir William Tyrrell als permanenter Unterstaatssekretär im Foreign Office nachfolgen wird.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen

Die Wirtschaftsbesprechungen zwischen Deutschland und Rußland, die am 11. Februar im Auswärtigen Amt zu Berlin begonnen haben, sind im Laufe der letzten Tage weitergeführt worden. Der Vorsitzende der deutschen Delegation, Wallroth, hat zunächst in längerer grundsätzlicher Ausführungen die deutsche Auffassung dargelegt. Auf diese Ausführungen hat der Vorsitzende der Delegation der Union der Sowjetrepubliken, das Mitglied des Kollegiums des Handelskommissariats, Schelifer, geantwortet. Darauf sind die beiden Delegationen in eine erste allgemeine Durchsprache des von beiden Seiten vorgeschlagenen Verhandlungsmaterials eingetreten. Es sind bisher eine Kommission für die Fragen des Geschäftsverkehrs zwischen Wirtschaftsorganen der Union und der deutschen Wirtschaft, eine zweite Kommission für die statistische Unterlegung des deutsch-sowjetrussischen Handelsverkehrs und eine dritte Kommission für rechtliche Fragen gebildet worden. Auf diese Kommissionen und auf im Bedarfsfälle noch neu zu bildende Kommissionen wird nach Abschluß der allgemeinen Debatte das gesamte Verhandlungsmaterial verteilt werden. Die Arbeit der Kommission beginnt am Montag, den 20. Februar.

Die Reichseinnahmen im Januar. Nach dem Ausweis über die Steuereinnahmen des Reiches im Januar 1928 hat dieser Monat mit 1008,1 (Januar 1927: 763,55) Millionen Reichsmark ein Rekordergebnis erbracht. Auf die direkten Besitz- und Verkehrssteuern entfallen davon 726,7 (526,39) Millionen Reichsmark.

Die deutsche Delegation für die Sicherheitskonferenz. Die deutsche Delegation für die in der nächsten Woche in Genf beginnende Sicherheitskonferenz begibt sich laut „N. L.“ nach Genf. Der Delegation gehören an: Staatssekretär a. D. Simson, Geheimrat von Weisjäder und Gesandtschaftsrat Frobenius.

Der neue hessische Staatspräsident, Bürgermeister Abelung, ist nicht völlig aus der Mainzer Stadtverwaltung ausgeschieden, sondern hat sich nur auf ein Jahr beurlauben lassen, so daß im Falle einer veränderten politischen Konstellation ihm jederzeit die Möglichkeit offen bleibt, auf den Mainzer Bürgermeisterposten zurückzukehren.

Letzte Nachrichten

Noch immer keine Klärung

M. Berlin, 18. Febr. (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen zwischen den Parteien haben auch heute vormittag nicht zu einem Ziel geführt. Man kann sogar sagen, sie haben keinen Schritt weiter gefördert worden. Die Opposition erklärt, sie müsse alle Versuche der Regierungsparteien ablehnen, ihr die Verantwortung zuzuschreiben. Im übrigen erklärt sie sich bereit, das Arbeitsprogramm mit durchzuführen, aber erst, wenn sie es kennengelernt habe, vorher könne sie keine Bindungen eingehen. Sie müsse also abwarten, bis die bisherige Koalition sich geeinigt habe. Das wurde sowohl von dem Demokraten Koch-Weber wie von dem Sozialdemokraten Wels dem Bizekanzler Dr. G. Herzt gegenüber erklärt. Da inzwischen nichts Greifbares geschehen ist, so sah sich der Reichstag genötigt, seine Sitzung sofort nach Beginn um 1 Uhr zunächst auf 4 Uhr zu verlagern. Auf die Tagesordnung, die die gleiche bleibt, wurden auch die Übergangsbestimmungen für die Strafrechtsreform, die eben eingelaufen sind, auf Antrag des Abgeordneten Kahl gesetzt.

Um 1½ Uhr trat das Reichskabinett noch einmal zusammen. Es wird um 3 Uhr sämtliche Parteiführer zusammenrufen, denen es dann den etwas veränderten Programmwurf für die noch zu erledigenden Notarbeiten vorlegen will. Infolgedessen ist eine schon für den Mittag angekündigte Regierungserklärung verschoben worden. Ob sie noch erfolgt, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Wie verlautet, war in ihr mitgeteilt worden, daß die Regierung versuchen werde, ohne Rücksicht auf die Parteien das Arbeitsprogramm von sich aus durchzuführen. Es wird dies auf ein neues Eingreifen des Reichspräsidenten zurückgeführt, der entweder schriftlich oder mündlich zu erkennen gegeben haben soll, er stimme unter keiner Bedingung einer sofortigen Reichstagsauflösung zu, ehe nicht wenigstens ein Versuch gemacht worden ist, die wichtigsten Aufgaben zu erledigen.

Sollte das zutreffen, so wird in politischen Kreisen davon gesprochen, daß die Vertagung des Reichstags noch heute, auf frühestens Donnerstag, vielleicht sogar auf Montag, den 27. Februar, erfolgen wird. Denn der Reichstag muß versuchen, möglichst lang zusammenzubleiben, da nach der Verfassung spätestens 60 Tage nach der Auflösung neu gewählt werden muß, man sonst aber den 22. April, den frühesten Termin, nicht erreichen kann. Der 25. März kommt für die Neuwahlen nicht mehr in Frage. Im Ältestenrat des preussischen Landtags hat heute der Innenminister erklärt, daß er mindestens 42 Tage brauche, um die Listen aufzustellen und auszulegen. Man rechnet nun im allgemeinen damit, daß der 22. April der früheste Termin wird, hält es aber auch für möglich, mit den Wahlen in den Mai zu kommen.

Frankreich und das Verbot des Giftgaskrieges

W.B. Paris, 18. Febr. (Tel.) Wie die Agentur Havas meldet, hat das französische Außenministerium an die Botschaften und Gesandtschaften der Länder, die das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925, betr. das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges unterzeichnet oder angenommen haben, ein Rundschreiben gerichtet, aus dem sich ergibt, daß Frankreich und Venezuela dieses Protokoll ratifiziert haben, das damit für diese beiden Mächte in Kraft getreten ist. Da die Ratifizierung dieses Protokolls durch die übrigen 37 Mächte, die es angenommen haben, darunter die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Italien, Japan, Rußland und Deutschland, ausbleibt, glaubt die französische Regierung, in ihrer Ratifizierung festhalten zu müssen, erstens, daß das Genfer Protokoll Frankreich nur gegenüber den Staaten verpflichtet, die es selbst unterzeichnet haben, und zweitens, daß das Protokoll für Frankreich aufgehört, rechtsverbindlich zu sein gegen jeden feindlichen Staat, dessen bewaffnete Streitkräfte oder dessen Verbündete das Verbot nicht achten.

Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau. Der Reichsarbeitsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern dem Reichstag den Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau mit dem Ersuchen um Zustimmung vorgelegt.

Die französische Wehrvorlage. Der französische Senat verabschiedete am Freitag mit 269 gegen 25 Stimmen die Wehrvorlage. Kriegsminister Painlevé betonte, daß es jetzt sicher sei, daß nicht ein Fußbreit französisches Bodens im Falle der Befahr aufgegeben werden müßte, und daß die interessierte Bevölkerung jede Sicherheit in dieser Hinsicht hätte.

\* Um das Arbeitsnotprogramm

Die Situation im Reichstag war auch heute bis in die Mittagsstunden noch immer nicht geklärt. Die Reichsregierung hatte sich gestern auf ein Arbeitsnotprogramm geeinigt, dessen Einzelheiten wir weiter unten wiedergeben. Und im wesentlichen hatten die Regierungsparteien diesem Notprogramm zugestimmt. Dabei bestand allerdings keine völlige Klarheit über die Haltung der Deutschnationalen. Man muß sich darauf gefaßt machen, daß die Deutschnationalen auch jetzt noch Forderungen anmelden werden, die über das Arbeitsnotprogramm der Reichsregierung hinausgehen.

Wichtig ist, daß auch auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge ganz bestimmte Maßnahmen in dem Notprogramm vorgesehen sind: die Invalidenrente soll vom 1. Juli 1928 ab um 40 Proz. erhöht werden. Was die Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft anlangt, so sind sie so gedacht, daß sie vernünftigen Ansprüchen genügen können. Das Zentrum hat seine Zustimmung zur Bewilligung dieser Hilfsmassnahmen von der Einrichtung eines Sonderausschusses abhängig gemacht, der bei der Verteilung der Summen mitzuwirken habe, um auf diese Weise die notwendige Parität herzustellen und dafür zu sorgen, daß auch die kleineren Bauern in West- und Süddeutschland genügend berücksichtigt werden.

Die Reichsregierung hat von vornherein Wert darauf gelegt, bei der Erledigung des Notprogramms mit den Oppositionsparteien Hand in Hand zu gehen. Deshalb hat sich Bizekanzler Herzt — der Reichskanzler ist durch seine Erkrankung noch immer ans Bett gefesselt — gestern abend mit den Oppositionsparteien in Verbindung gesetzt. Hier haben sich nun aber neue Schwierigkeiten ergeben. Die Demokraten bestehen darauf, daß unter allen Umständen ihre Forderungen, die Erhöhung der Kleinrentnerversorgung betreffend, in das Notprogramm mit hineinbearbeitet werden. Eine Einigung ist noch nicht zu erzielen gewesen.

Deshalb sollten heute vormittag neue Verhandlungen mit den Oppositionsparteien, also in erster Linie mit den Demokraten stattfinden. Über die Besprechungen des heutigen Vormittags wird berichtet:

Fraktionsitzungen

W.B. Berlin, 18. Febr. (Tel.) Die meisten Reichstagsfraktionen hielten am heutigen Samstag vormittag Sitzungen ab. Die Demokraten, die Bayerische Volkspartei und die Sozialdemokraten kamen schon um 10 Uhr zusammen, die Deutschnationalen und die Wirtschaftliche Vereinigung um 11 Uhr, die Deutsche Volkspartei um 12 Uhr.

Die erste Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dauerte nur eine halbe Stunde und wurde dann auf 12 Uhr vertagt, um dem Fraktionsvorsitzenden inzwischener Zeit für die angeforderten Besprechungen mit der Regierung zu geben. Wie aus sozialdemokratischen Kreisen verlautet, sind in der Fraktion starke Einwendungen namentlich gegen das Agrarhilfsprogramm der Regierung zum Ausdruck gekommen, soweit es eine Beschränkung des Einfuhrkontingents für Gefrierfleisch und ähnliche Maßnahmen enthält, die nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion eine Schädigung der Konsuminteressen bedeuten. Es ist anzunehmen, daß der Fraktionsvorsitzende diese Einwendungen bei der Besprechung mit der Regierung zum Ausdruck bringen wird. Im übrigen dürften die Sozialdemokraten ebenso wie die Demokraten vor ihrer endgültigen Stellungnahme eine feste Formulierung der Vorlagen des Arbeitsprogramms und eine Bindung der bisherige Koalitionsparteien an dieses Programm verlangen. Falls diese Bindung der in der Regierung vertretenen Parteien nicht zustandekommt, glauben die Sozialdemokraten keine Veranlassung zu haben, dem Weiterbestand des Kabinetts Beihilfe zu leisten.

Die demokratische Reichstagsfraktion trat am Samstag vormittag zusammen, um zu den Vorschlägen der Regierung Stellung zu nehmen. Die Fraktion faßte folgenden Beschluß: Die demokratische Reichstagsfraktion ist bereit, trotz des Zusammenbruchs der Regierungskoalition, ohne Veränderung der Zusammensetzung des Kabinetts an der Verabschiedung des Haushalts mitzuwirken, unter der Maßgabe, daß die Neuwahlen spätestens im Mai stattfinden. Die Fraktion ist auch damit einverstanden, daß vorher noch das sonstige sog. Notprogramm des jetzigen Kabinetts — Liquidationsmaßnahmen, Kleinrentnerfürsorge, Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Landwirtschaft, Strafsystem — überleitet wird.

Der Preussische Landtag löst sich gleichfalls auf

W.B. Berlin, 18. Febr. (Tel.) Der Preussische Landtag beschloß in seiner heutigen Sitzung, sich hinsichtlich der Auflösung den Beschlüssen des Reichstages anzuschließen. Der 25. März als Wahltermin würde aus technischen Gründen nicht in Frage kommen. Als Termin käme nach Ansicht des Ältestenrates frühestens der 22. April in Frage. Der Preussische Landtag wird sich heute bis zum 1. März vertagen. Inzwischen sollen die Ausschüsse die einzelnen Etats weiter vorbereiten. Auch das wirtschaftliche Eingemeindungs-gesetz im Ausschuss erledigt werden.

### Aus dem Programm der Reichsregierung

Das vor der Reichstagsitzung am Freitag den Parteien vorgelegte Programm für die noch von diesem Reichstag zu erledigenden Arbeiten hat folgendes Bild:

1. Das Liquidationsgesetz, über das Reichsfinanzminister Dr. Köhler den Parteiführern berichtete, sieht eine ungefähre Anpassung der Staffeln der Einnahmen an die Vorschläge des Reichswirtschaftsrates vor. Der Härtefonds soll von 10 auf 30 Millionen erhöht werden. Auch die Möglichkeit einer späteren Besserung wird durch das Gesetz nicht ausgeschlossen.

2. Das landwirtschaftliche Hilfsprogramm besteht aus folgenden Maßnahmen:

a) Zur Organisation des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch sollen ca. 30 Millionen Reichsmark als Kredit zur Verfügung gestellt werden, um der starken Preispanne zwischen Erzeugern und Verbrauchern entgegenzuwirken. Nach der Art der beabsichtigten Aufbringung soll nur ein Teil dieser Summe als Belastung des Staats aufzufassen sein.

b) Zur Sicherung der rationellen Fortführung und des Ausbaues der Betriebe werden ebenfalls 30 Millionen in den Etat 1928 eingesetzt. Hierzu verläutet noch, daß das Zentrum die Einsetzung eines Ausschusses verlangt, der die Verteilung überwachen soll.

c) Zur Verhütung des Niedrucks der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften sind 20 Millionen vorgesehen.

d) Zur Erhebung der Geflügelzucht sind in dem Nachtragsetat 1927 und in dem ordentlichen Etat 1928 je 500 000 Reichsmark, zusammen also 1 Million.

e) Der Reichsfinanzminister soll ermächtigt werden, inländische Kreditinstitute zur Vergabe von Krediten zu unterstützen, die den Umschuldungsaktionen und Transaktionen der Landwirtschaft dienen. Die Regierung hofft, bei den Kreditinstituten im ganzen etwa 200 Millionen Reichsmark mobil machen zu können. Im Etat würde diese Maßnahme nicht belastend wirken.

f) Ratenweise Herabsetzung des Einfuhrkontingents für Gefrierfleisch.

g) Veterinäre Maßnahmen zur Unterstützung der Viehzucht.

h) Die Ausdehnung des Systems der Einfuhrschneide auch auf Schweine und Schweinefleisch.

i) Der Rentenbankkreditanstalt soll die Möglichkeit gegeben werden, der Landwirtschaft direkte Kredite zu geben, die nicht erst über die Preußenkasse zu laufen brauchen.

3. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist eine Erhöhung der Invalidenrente in der Form vorgesehen, daß die Steigerungssätze vom 1. Juli ab um 40 Prozent erhöht werden, das würde für jenen, der 20 Reichsmark bekommt, eine Erhöhung auf etwa 28,30 Reichsmark bedeuten, und eine Belastung des Staats für 1928 um 75 Millionen herbeiführen.

Der Gesamterfordernis der Ausgaben gegenüber dem bisherigen Bedarf ist nach dem augenblicklichen Stande auf ungefähr 158 Millionen berechnet worden, so daß sich die Summe der für die Maßnahmen erforderlichen Kapitalien, einschließlich der 200 Millionen Umschuldungskredite für die Landwirtschaft, deren Beschaffung die Regierung unterstützen wird, auf etwa 360 Millionen stellt.

Der Anteil der dauernden Ausgaben des Programms beträgt 133 Millionen Reichsmark. Nach den Erklärungen, die der Reichsfinanzminister den Parteien gegeben hat, will die Regierung die 158 Millionen durch eine Erhöhung der Zolleinnahmen heranzubekommen. Sie sind jetzt mit 1050 Millionen Reichsmark angesetzt. Der Reichsfinanzminister rechnet mit einem Mehraufkommen von 200 Millionen Reichsmark.

Eine neue Parteigruppe. Die Reichstagsabgeordneten Dörrich (Thüringen), Dorsch (Sachsen) und Hänse (Thüringen), die seinerzeit auf Landtagslisten gewählt worden waren und dann der deutschnationalen Fraktion beitraten, haben sich im Reichstag zu einer selbständigen Parteigruppe unter dem Namen „Christlich-Nationale Bauernpartei“ zusammengeschlossen. Der Gruppe ist auch der deutsch-völkische Reichstagsabgeordnete Weidenhöfer beigetreten. Die Entscheidung darüber, ob und in welchem Umfang sich noch andere Parlamentarier anschließen werden, soll der „Dtsch. Ztg.“ zufolge heute fallen. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt, daß die Aktion anscheinend zunächst nur auf eine Änderung der Firma für die Wahlen hinausläuft.

Vor der Entscheidung über die Freigabebill. Der amerikanische Senat hat beschlossen, am Montag über die Freigabebill abzustimmen.

## Badisches Landestheater

### Seitenprünge

Vier Einakter von Kurt Gock  
In Szene gesetzt von Eugen Schulz-Weiden

Die Faschingszeit bringt allerlei Seitenprünge. So stellt sich auch das Landestheater auf das Gebot der Stunde ein und zeigt uns, wie der amüsante Theaterpraktikus Kurt Gock sich solche Seitenprünge vorstellt. Vier einaktige Variationen dieses beliebten Gesellschaftsspiels führt er uns vor, wovon die erste „Die Taube in der Hand“ den Dargauer einer echten Komödie mit Entwicklung, Spannung und Lösung erreicht, während die drei folgenden wichtige dramatisierte Anekdoten sind.

„Die Taube in der Hand“ ist eine Tour aus der Française mit Changez-Croisiez der beiden Ehepaare Ralhajar-Beatrice und Adolar-Allice, die von Stefan Dahlen — Eva Quaiser und Waldemar Leitgeb — Elisabeth Vertram mit Witz und Anmut in klug abgestufter Charakterisierung gelangt wurde.

Die beiden folgenden Einakter behandeln zweimal dasselbe Thema der seitenprünghenden Ehefrau und dem vom männlichen Ehemann geleimten Liebhaber. Wenn man auch als Ehemann gerne Kurt Gock dankt für die Verherrlichung der Ehemänner, so hätte doch das Kritikergebot der Gerechtigkeit Befriedigung gefunden, wenn dieses Thema zum zweiten Male zugunsten der Ehefrau variiert worden wäre, fernermalen es auch seitenprünghende Ehemänner geben soll. Die beste Behandlung fand das Thema in „Der Hund im Oren“, worin der ehemännliche Professor den Liebhaber Tittori durch Todesangst dazu bringt, sich vor der liebebedürftigen Frau Professor zu blamieren, getreu dem Grundsatz, daß nichts sicherer löst wie die Lächerlichkeit. Ulrich von der Trend als Professor, Pia Mietens als seine Frau, Friedrich Preiter als Diener erfüllen ihre Aufgaben gut; glänzend aber, von erschütternder Komik war Hermann Brand als Liebhaber Tittori. Die Variation „Tobby“ wurde dargestellt von Paul Rudolf Schulze als überlegenem Ehemann, von Hilke Müller als seitenreitende Ehefrau und von Alfons Kloebe als Liebhaber, der zu seinem Entsetzen von dem Ehemann die Begehrte erhält.

Wie ein wiederholter Witz stets an Würze verliert, so büßt auch hier die Wiederholung an Wirkung ein, trotz guter Darstellung. Aber Kurt Gock hat etwas Neues dazu getan, die Gestalt eines einfältigen treuen Dieners, und offenbar erscheint ihm dieser Diener so wichtig, daß er das ganze Stück nach ihm „Tobby“ benennt. Und der Darsteller dieses Tobby Hugo Söder hat die Absichten des Autors glänzend erfüllt; durch ihn lebte dieser Einakter.

## Deutscher Reichstag

B.B. Berlin, 17. Febr.

Im weiteren Verlauf der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums steht die Beratung des Versorgungswehens.

Abg. Wassehl (Soz.) bedauert die langsame Erledigung der Versorgungsanträge durch die ärztlichen Dienststellen. Der Redner wendet sich gegen den Plan einer Auflösung der Versorgungsämter und gegen eine Übertragung ihrer Aufgaben auf die Finanzämter.

Abg. Knoll (Zent.) bezeichnet gleichfalls die Aufrechterhaltung der Versorgungsämter als notwendig. Die Heilbehandlung müsse noch ausgebaut werden.

Abg. Biegler (Dem.) tritt für das Recht der Kriegsbeschädigten auf Heilbehandlung ein. Er bedauert das letzte Kundschreiben des Deutschen Städtebundes zu dieser Frage. Dem Städtebunde sei der Vorwurf zu machen, daß er während der Beratung der letzten Resolution geschwiegen habe, sonst hätte der Reichstag wohl weitere Sicherungen eingefügt.

Präsident Lbbe teilt mit, daß er die Absicht habe, die Beratung heute zu Ende zu führen und alle damit zusammenhängenden Abstimmungen zu erledigen. Das Zusammenbleiben des Reichstages werde ja auch aus anderen Gründen notwendig sein, und er bitte die Abgeordneten, sich darauf einzurichten.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister wird gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag auf Bewilligung von fünf Millionen zur Zinsverbilligung bei Raubarlehen der Landwirtschaft wird in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 164 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Viele Anträge und Entschlüsse werden dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Der Etat des Reichsarbeitsministeriums wird im wesentlichen nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses angenommen.

Ein deutschnationaler Antrag, der in der Novelle zum Vertriebsgesetz den Einfluß der Gewerkschaften vermindern will, wird in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 129 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Die Novelle, die nur Bestimmungen über die Betriebsratswahlen enthält, wird in der Fassung des sozialpolitischen Ausschusses angenommen.

Der Geschäftsentwurf, der die Lohn- und Gehaltspauschalungsgrenze auf 195 M., wöchentlich 45 M. und täglich 7,50 Reichsmark erhöht, wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Angenommen wird auch die Ausschufentziehung auf Förderung der Wälder und Kurorte im besetzten Gebiet.

Weiter wird der vom Ausschuss eingebrachte Geschäftsentwurf angenommen, wonach 10 Millionen zur Gewährung von Zwischenkrediten für den Kleinwohnungsbau ausgeworfen werden sollen.

Damit ist der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums erledigt.

Da sich die politische Lage bis zum Zusammentritt des Ministerrats um 17 Uhr noch nicht weiter geklärt hatte, so konnte der Ministerrat noch keine Beschlüsse über die Geschäftslage des Reichstages fassen.

Um 18 Uhr eröffnete Präsident Lbbe die Sitzung wieder und schloß die nächste Sitzung am Samstag 18 Uhr ab. Es wurden die Tagesordnungen der zweiten Beratung des Haushalts für Versorgungs- und Ruhegehalt für den Mißtrauensvotum gegen die Regierung auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) fragt, ob nicht auch das Überleitungsrecht zur Strafrechtsreform auf die Tagesordnung gesetzt werden könne.

Abg. v. Grefe (Völk.) wünscht für Samstag die Beratung eines Gesetzes, das den Landwirten ein Rotoratorium für Steuern und Budgetschulden gewährt.

Abg. Dausch (D. Vp.) fordert die Beratung eines Notgesetzes zugunsten der Liquidationsgeschädigten.

Präsident Lbbe erklärt, Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung seien zwar möglich, dann werde aber der Reichstag voraussichtlich auch noch am Montag tagen müssen. Der kommunistische Antrag zur Tagesordnung wird gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Es bleibt beim Vorschlag des Präsidenten. Schluß 18 1/2 Uhr.

Der letzte Seitensprung war kein Seitensprung. Die „Minna Magdalena“ — so der Name des Stückes — war nur eine brave, einfältige, blutarmer Minna und keine Magdalena. Frau Professor hält Minna für eine Magdalena und ruft ihren Vater, den Dargauer Bauern Sack, dem der ängstliche Professor das Ereignis beibringen soll. Kein darstellerisch war durch die Gleichwertigkeit der Leistungen dieses letzte Stück das beste: eine Grotteske von durchschlagender Wirkung. Neben dem bewährten Paul Müller als Professor stand Hermine Biegler, in der unsere Bühne eine ganz hervorragende Kraft für Charakterrollen gewonnen hat; die Dargauer Bauerngestalten von Fritz Herz sind zu wohlbekannt, um hier noch Ruhmesworte nötig zu machen; und schließlich Kelly Rademacher als Minna war von solcher Wirkung in Erscheinung und Gehaben, daß Kurt Gock bei ihr sich besonders bedanken mußte.

Eine reizende Faschingsgabe des Landestheaters, die Eugen Schulz-Weiden mit Schmitz und Temperament und mit sicherem Blick für wirksame Situationen ausgezogen hatte. Mit den Darstellern sei daher auch ihm als Regisseur herzlich gedankt.

Kolosseum Karlstraße. Für die zweite Februarhälfte ist „Das lebende Magazin“ wiedergekehrt, und zwar in etwas anderer und teilweise verbesserter Auflage. So ist u. a. eine neue von Grit Montserloh händisch gelangte Alt-Wiener Grotteske, neu auch der Stetsch „Gute Nacht“, den Elsa von Loringen und der unermüdlige Harry Forrester-Reumeyer vortragen. Am Schluß des ersten Teils gelangt jetzt, ebenfalls zum erstenmal, das Bild „Die Dörscherbrüder“ zur Aufführung, das sowohl durch die Dekorationen und Kostüme, wie auch durch seine choreographische Anordnung sehr gefällt. Weniger befriedigt dagegen eine von Joanne Molens erdachte und unter Verwendung von Lakten aus Beethovens Neunter vorgeführte Musikillustration, die sich stolz „Die Symphonie“ nennt. Mühen es, noch dazu in recht kleiner und mäßiger Besetzung geboten, gerade diese Beethovenklänge sein, um die Idee der Tänzerin zu verdeutlichen? Jede andere Musik könnte ebensogut als Unterlage dienen und würde zumindest nicht geschmacklos wirken, wie das leider jetzt der Fall ist. Von diesem übrigens leicht abzuändernden Mißgriff abgesehen, bietet das Gesamtprogramm abermals eine Fülle des Schönen und Wichtigen, es mischt viel Auf- und Abregendes in bunter Folge und veruracht fröhliche Kabarettstimmung. Es sind natürlich vor allem wieder die Tanzbilder, die am meisten entzücken und den stärksten Beifall hervorgerufen.

G. Sch.

## Vereinheitlichung des internationalen Rechts

Der Sachverständigenausschuss zur technischen Vorbereitung der für 1929 in Aussicht genommenen ersten Konferenz des Völkerbundes für die Vereinheitlichung des internationalen Rechts hat — wie aus Genf gemeldet wird — seine seit dem 6. d. M. geführten Beratungen beendet und beschlossen, sämtliche Staatsregierungen der Welt einzuladen, bis zum 31. Oktober genaue Mitteilungen zu machen über den Stand ihrer nationalen und internationalen Gesetzgebung, ihre Erfahrungen und ihre Wünsche zu den drei auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzten Problemen, nämlich: Die Rationalität, die Binnengewässer und die Verantwortung der Staaten für auf ihrem Gebiet begangene Verbrechen oder Güterschädigungen. Der Ausschuss wird sich erst Ende Januar des nächsten Jahres wieder versammeln.

### Ein Gedentag für die Pfalz

Am 17. Februar waren genau vier Jahre verflossen seit dem Abzug der Separatisten aus der Pfalz. Acht Tage vorher war jene denkwürdige Sitzung des Reichsausschusses der Pfalz, in der mit einer Spezialkommission der Interalliierten Rheinlandskommission in Speyer verhandelt wurde mit dem Ergebnis, daß die autonome Pfalzregierung entsetzt wurde. Die Folge war, daß am Sonntag, dem 17. Februar 1924, morgens 8 Uhr, die Separatisten sang- und klanglos abzogen mußten. Damit war die Pfalz von dem schweren Druck der Separatisten befreit. Die Separatisten haben während ihrer Tätigkeit in der Pfalz 11 Personen getötet, etwa 250 Personen verwundet, über 1000 Personen der Freiheit beraubt und 176 ausgewiesen. Dazu kommen unzählige Fälle schwerer Mißhandlung, Plünderungen, Verwüstungen, Raub- und Diebstähle, durch die ein Sachschaden von annähernd einer Million Reichsmark verursacht wurde. Mit dem 17. Februar übernimmt der Reichsausschuss für die Übergangszeit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für den Betrieb des öffentlichen Dienstes.

Eine Wahlgesehänderung. Zwischen den großen Parteien des Reichstages und dem Reichsinnenministerium ist laut „Völk. Ztg.“ vereinbart worden, das Wahlgesehänderung zu ändern, daß auf den neuen Wahlsatz nur die bisher im Reichstag vertretenen Parteien kommen, daß aber für diejenigen Wähler, die eine andere Partei wählen wollen, ein freier Raum mit Einzeldesignationskreis auf jedem Wahlsatz vorbehalten bleibt. Diese Wahlgesehänderung kann, wie das Blatt bemerkt, natürlich nur noch zustande kommen, wenn der Reichstag noch 5 bis 6 Wochen zusammenbleibt und das Notprogramm erledigt.

Ehrhardt gegen „Unbekannt“. Auf dem Parteitag der preussischen Sozialdemokratie hatte der Landtagsabgeordnete Weismann eine Reihe von Briefen verlesen über angebliche Beziehungen zwischen der Reichswehr und den Ehrhardtleuten. Kapitän Ehrhardt hat nun, wie der „Sozialdemokratische PresseDienst“ meldet, bei der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft in Berlin Strafanzeige gegen „Unbekannt“ stellen lassen, um aufzuklären, wie der Abg. Weismann in den Briefen seiner Briefe und in den Briefen von Briefen anderer Weismann-leute gekommen ist. In der Strafanzeige wird verlangt, daß die Untersuchungsbehörden die Beamten feststellen sollen, die das Material an politische Stellen gegeben und sich damit eines Amtsvergehens schuldig gemacht hätten.

Besprechungen der süddeutschen Studentenschaften. In den nächsten Tagen treten in Tübingen die im Kreis VI der Deutschen Studentenschaft zusammengeschlossenen Studentenschaften Würtemberg, Badens und Sessens und in Nürnberg die Studentenschaften des Kreises VII der Deutschen Studentenschaft (Bayern) zu Kreistagen zusammen. In Anwesenheit des Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft werden die beiden Kreise zu der durch die Vorgänge in Preußen geschaffenen Lage Stellung nehmen, insbesondere aber Vorlesungen treffen, um die für die süddeutschen Länder unter Umständen eintretenden Rückwirkungen zu besprechen.

In die Polen verkauft. Joachim von Bethmann-Sollweg, ein Vetter des ehemaligen Reichsfinanzministers, hat seine in Polen liegende Besitzung Runowo in einer Größe von etwa 25 000 Morgen (!) an die polnische Bank Koloj verkauft. Die Besitzung liegt im Kreise Pempelburg, der bisher prozentual die stärkste deutsche Bevölkerung im Korridor aufwies. Die Bank wird die Besitzung zweifelslos parzellieren und mindestens 400 polnische Familien dort ansiedeln. Durch den Verkauf werden 100 deutsche Familien brotlos, sämtliche deutschen Administratoren, Verwalter, Beamten, Förster und Landarbeiter können sich anderswo ihren Unterhalt suchen. Der Kaufpreis beträgt 9 Millionen Polys.

Korruptionsaffäre vor dem württembergischen Landtag. Die schweren Unregelmäßigkeiten in der Stuttgarter Handwerkskammer, die schon seit längerem die Öffentlichkeit Württemberg beschäftigt, kamen im württembergischen Landtag zur Sprache. Der Staatsanwalt hatte einen Antrag auf Aufhebung der Immunität des deutschnationalen Abgeordneten Theodor Fischer gestellt, der der Unterschlagung und des Betruges beschuldigt wird. Der Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abg. Fischer wurde mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten genehmigt.

## Kurze Nachrichten

Ein Luther-Film. Namens der katholischen Geistlichkeit Groß-Berlins erklären in der „Germania“ mehrere Berliner Erzpriester zum Luther-Film u. a.: Im Ufa-Palast am Zoo wird zur Zeit der Film „Luther“ aufgeführt. Die Berliner Katholiken bedauern es aufs tiefste, daß dieser Film, wodurch sie in ihrem heiligsten religiösen Empfinden verletzt werden, öffentlich vorgeführt wird und daß dadurch der konfessionelle Friede gestört wird.

Im preussischen Landtag wurde am Freitag das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Handelsminister Dr. Schreiber, das damit begründet wurde, daß die preussische Staatsregierung dem Vorgehen des Reichsarbeitsministers zugestimmt und die Hinausschiebung der Einführung des Achtstundentages in der Schwerindustrie mitgemacht habe, mit 309 gegen 82 Stimmen der Kommunisten bei sechs Stimmenthaltungen abgelehnt.

Besuch König Georgs in Paris. Der „Matin“ kündigt an, daß der König von England demnächst nach Paris kommen werde, um den Besuch zu erwidern, den der Präsident der Republik, Domergue, im vergangenen Jahre England abgestattet hat.

Vertrauensvotum des italienischen Senats. Nach eingehenden Darlegungen des Finanzministers Volpi über die Finanzlage billigte der italienische Senat am Freitag mit 173 von 174 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die Maßnahmen der Regierung für die Wiederherstellung der Währung, und stimmte den Erklärungen Kolpis zu.

Hagen, Deutschlands jüngste Großstadt. Die Stadt Hagen in Westfalen hat die Großstadtgrenze von 100 000 Einwohnern überschritten und ist damit in die Reihe der deutschen Großstädte getreten.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung am Donnerstag, 23. Februar, vormittags 9 Uhr.

Die Tagesordnung ist folgende:

I. Mitteilung der Eingänge.

II. Mündlicher Bericht des Geschäftsausschusses und Beratung über die Mandatsniederlegung des Abg. Brümmer, Berichterstatter Abg. Obkircher.

III. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über den Entwurf eines Besoldungsgesetzes und einer Besoldungsordnung samt einschlägigen Gesuchen (Druck. Nr. 54 und 54a), Berichterstatter Abg. Büchner und Hoffmann.

Die Besoldungsordnung im Haushaltsauschuss verabschiedet. Am Freitag abend hat der Haushaltsauschuss, nachdem er in sieben Sitzungen eingehend darüber beraten, das Besoldungsgesetz und die Besoldungsordnung mit 18 gegen 1 Stimme angenommen. Die Beratungen waren vertraulicher Natur.

Am nächsten Donnerstag, den 23. Februar, gelangt der Gesetzentwurf in das Plenum; man hofft, ihn bis nächsten Freitag abend erledigen zu können.

## Das Rechtsstudium

P.A. Wie die Besuchsziffern an den beiden badischen Landesuniversitäten wie an anderen deutschen Hochschulen zeigen, ist der Andrang zum Studium der Rechtswissenschaft außerordentlich stark. Während im letzten Studienhalbjahr vor dem Krieg in Heidelberg und Freiburg zusammen nur 203 badische Studierende der Rechte eingeschrieben waren, ist seit Kriegsende diese Zahl ständig gestiegen und betrug im Winterhalbjahr 1927/28 = 422. Diese, auch seit Anfang 1926 wieder zu beobachtende Vermehrung der Rechtsstudierenden zeigt, daß in weiten Bevölkerungsteilen Auffassungen über die Aussichten der juristischen Laufbahn herrschen, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen. Es muß erneut darauf hingewiesen werden, daß die Möglichkeit für junge Juristen, eine der Ausbildung und ihren Kosten entsprechende Lebensstellung zu erhalten, nach wie vor wenig günstig ist. So ist die Zahl planmäßiger Stellen im höheren staatlichen Justizdienst von 537 im Jahre 1923 auf 489 im Jahre 1927 zurückgegangen, und dies, abgesehen von der Einführung der Arbeitsgerichte in diesem Jahre 16 neue Stellen geschaffen wurden. In gleicher Weise ist die Zahl der Planstellen für höhere Verwaltungsbeamte von 167 im Jahre 1923 auf 159 im Jahre 1927 gefallen. Entsprechend dem hiernach und infolge Verjüngung des Beamtenkörpers durch den Abbau wesentlich verminderten Bedarf kann jeweils nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Gerichtsassessoren in den staatlichen Dienst übernommen werden: im Jahre 1921 waren dies noch 39 von 52, im Jahre 1924 nur 11 von 67 Bestanden, in den Jahren 1925 und 1926 = 18 bzw. 20 von 34 bzw. 37, im Jahre 1927 = 30 von 64. Für die nicht übernommenen Assessoren ist es außerordentlich schwer, eine anderweitige entsprechende Berufsstellung zu erlangen. Der Bedarf der Privatwirtschaft an juristisch vorgebildeten Kräften ist offenbar noch gedeckt. Die Aussichten, in der Rechtsanwaltschaft ein entsprechendes Auskommen zu finden, sind gering; hat sich doch die Zahl der Rechtsanwälte von 250 im Jahre 1903 auf 553 im Jahre 1927 erhöht, also mehr als verdoppelt; allein von 1926 auf 1927 trat eine Vermehrung um 28 ein.

Sinnvoll kommt, daß bei der gespannten Lage der Staatsfinanzen alle staatlichen Verwaltungen sowohl im Reich wie in Baden mit der Annahme von Anwärtern, wenn diese nicht überhaupt zeitweise gesperrt wird, sehr zurückhaltend sein müssen; es wird mit der Übernahme von nur ganz wenigen, besonders befähigten Juristen gerechnet werden können.

Bei dieser Sachlage muß allen künftigen Abiturienten, die sich dem Studium der Rechtswissenschaft widmen wollen, eindringlich hiervon abgeraten werden, sofern sie nicht eine ganz ausgesprochene Neigung und Befähigung zum juristischen Beruf besitzen. Eine besondere Begabung ist um so mehr erforderlich, als das Stoffgebiet der Rechtswissenschaft gerade in den letzten Jahren eine außergewöhnliche Erweiterung erfahren hat. Entsprechend mußten bei der Auslese die Anforderungen sich steigern. Nur besonders Tüchtigen ist es möglich, das rechtswissenschaftliche Wissensgebiet in genügender Weise zu beherrschen und damit den Anforderungen zu genügen. Wieviel Unberufene sich dem Rechtstudium zuwenden, erhellt aus den Ergebnissen der ersten juristischen Prüfung nicht nur in Baden, sondern auch in außerbadischen Ländern, bei der in den letzten Jahren jeweils einem großen Teil der Kandidaten der Erfolg versagt bleiben mußte. Auch die mit einem derartigen Mißerfolg nach mindestens 3-jährigem Studium verbundenen wirtschaftlichen und persönlichen Nachteile lassen eine genaue Selbstprüfung jedes einzelnen Abiturienten, der sich zur Rechtswissenschaft berufen fühlt, angezeigt erscheinen. Dabei kann nicht eindringlich genug der immer noch weitverbreiteten Ansicht entgegengetreten werden, das Studium der Rechtswissenschaft könne auch ohne besondere Begabung oder mangel einer ausgesprochenen Neigung für einen anderen Beruf übernommen werden; gerade aus dieser verkehrten Einstellung erwachsen nach einem jahrelangen und keineswegs billigen Studium für den einzelnen wie für die Gesamtheit Schäden, die nie mehr ganz behoben werden können.

## Ernennung

Der badische Landeskommandant General Föhrenbach in Stuttgart ist mit Wirkung vom 1. März 1928 zum Kommandeur des Wehrkreises VI ernannt worden. Während seiner fünfjährigen Tätigkeit als badischer Landeskommandant hat General Föhrenbach die besten Beziehungen zur badischen Regierung gepflegt und es bezeugt ihn daher die guten Wünsche derselben in den Bereich seines neuen Wirkungskreises.

Ein neuer württembergischer Landeskommandant, Generalmajor von Greiff, Kommandeur des Infanterie-Regiments 13 und Landeskommandant von Württemberg seit September 1926, ist mit Wirkung vom 1. März zum Inspektor der Waffenschulen ernannt worden. Das bedingt einen Wechsel in der Landeskommandantur. Sein Nachfolger ist Oberst Schmidt, seither im Stabe des Infanterie-Regiments 18.

J. P. Bemberg will in Baden eine Fabrik bauen? Wie das Berliner Tageblatt" mitteilt, beabsichtigt die J. P. Bemberg A.-G., in Baden eine neue große Fabrik zu errichten. Jedoch wird nichts darüber mitgeteilt, wo die Fabrik errichtet werden soll.

## Gemeinde-Rundschau

Die Gemeindesteuer in Mannheim. Als Gemeindesteuer für das Rechnungsjahr 1927 sollen — vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses 158 Hundertteile der Steuergrundbeträge erhoben werden.

Bürgermeisterwahl. Der Gemeinderat Hockenheim hat für die Bürgermeisterwahl eine zweite Tagfahrt auf Samstag, den 25. Februar, abends, anberaumt.

Ratshreierberatung in Billingen. In Billingen fand am Sonntag eine gutbesuchte Versammlung der Ratshreier der Bezirksvereine Billingen-Donauschingen statt, an der sich auch einige Bürgermeister der Kreisgemeinden beteiligten. Landespräsident, Grundbuchamtsrat Person, Durlach, referierte über das Thema „Wie vollzieht sich der Übergang eines Grundstückes von der Vertragsbeurkundung bis zum Eigentümergeintrag“. Weiter erfolgte eine Belehrung über das eheliche Güterrecht. Das in Aussicht stehende neue badische Landeslosgesetz, die angestrebte Verlegung der Grundbücher an die Amtsgerichte, Beitragsleistung an Gewerkschaften und Fachgruppen usw. bildeten die weiteren Gegenstände einer ausgedehnten Diskussion.

Erhöhung der ermäßigten Gebäudesteuer in Freiburg. Die auf Grund einer Entscheidung des Staatsministeriums um 20 Prozent ermäßigte Freiburger Gebäudesteuer wird auf ihren ursprünglichen Satz erhöht worden.

## Aus der Landeshauptstadt

Zum Mitglied der schwedischen Akademie gewählt. Die königliche Schwedische Akademie für Landwirtschaft hat den Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas-Langenstein zu ihrem Mitglied gewählt.

Kartenmontageball des Vereins Karlsruhe Presse. Karten für den Kartenmontageball des Pressevereins im Hotel Germania (20. Februar) müßten bis Montag mittag 1 Uhr abgeholt sein. Später findet keine Kartenausgabe mehr statt; es gibt auch keine Abendkasse.

Berufungsverhandlung im Knielinger Straßentrückerprozeß. Die Karlsruher Straßentrücker als Berufungsinstanz verhandelte am Freitag gegen einen der drei Knielinger Straßentrücker, den Württembergischen Bodenleger Ludwig Kniel aus Knielingen, der vom Schöffengericht am 22. Dezember 1927 7 Jahre Zuchthaus verurteilt worden war. Es handelte sich um den Überfall auf einen Kassenboten auf der Straße nach Marau, wobei den Tätern über 20 000 RM in die Hände fielen. Das Berufungsgericht kam zur Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils und erlachte gegen Kniel auf eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren nebst 10 Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte 10 Jahre Zuchthaus beantragt.

Wetternachrichten des Bad. Landesweiterwartes Karlsruhe. Der Einbruch kühler Luftmassen aus Nordwest, der gestern in Begleitung von heftigen Böen und Regenschauern (Gebirge Schneefälle) erfolgte, hat bei uns zu allgemeinem Temperaturrückgang geführt. Im Gebirge liegen heute bei leichtem Frost einige Zentimeter Neuschnee auf der alten Schneedecke. Der hohe Druck hat sich von Westen her rasch über das Festland ausgebreitet und wird unsere Witterung zunächst beherrschen. Voraussage für 19. Febr.: Tagsüber mild, zeitweise aufsteigend und trocken bei schwacher Luftbewegung, Gebirge leichter Frost.

## Kurze Nachrichten aus Baden

ld. Leopoldshöhe, 18. Febr. (Tel.) König Amanullah von Afghanistan mit seiner Gemahlin und seinem zahlreichen Gefolge, wird am kommenden Dienstag in dem ihm von der Schweiz — wo er sich zur Zeit noch aufhält — zur Verfügung gestellten Sonderzug nach der Schweizerisch-deutschen Grenze geleitet. Auf der ersten deutschen Station nach Basel, in Leopoldshöhe, wird der König dann von der von der Reichsregierung entsandten Delegation unter Führung des Reichsministers v. Rosen, empfangen werden. Der König wird sich eine Weile im Wartesaal von Leopoldshöhe aufhalten, der zu diesem Zweck festlich hergerichtet wird. Er wird alsdann den von Berlin entsandten Sonderzug bestiegen und in der Nacht über Frankfurt nach Berlin reisen.

DJ. Friedrichshafen, 18. Febr. Österreich baut in Bregenz ein neues Dampfschiff und zwar ein Doppelschraubendieselmotorboot, das bereits in diesem Sommer seine Fahrten beginnen soll. Der Dampfer erhält nur eine Klasse und wird 500 Personen fassen. Das Schiff soll eine Geschwindigkeit von 25 Kilometer in der Stunde erreichen und erhält außer einem Speisesaal auch ein Kaffee- und ein Tanzbuffet, einen Rauch- und Damensalon, sowie eine Radioeinrichtung. Das Schiff wird sich außerdem dadurch von den anderen Dampfern unterscheiden, daß es kein Oberdeck erhält und mehr einem Seedampfer mit überdachten Wandelhallen gleichen wird.

W.A. Kusel, 18. Febr. Heute früh ist in der 200 Arbeiter beschäftigten Tuchfabrik Gernsperck Großfeuer ausgebrochen. Die Fabrik wurde mit den dort lagernden großen Wollvorräten vollständig eingeschert.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

|                       | 18. Febr. |        | 17. Febr. |        |
|-----------------------|-----------|--------|-----------|--------|
|                       | Geld      | Brief  | Geld      | Brief  |
| Amsterdam 100 G.      | 168.48    | 168.82 | 168.54    | 168.88 |
| Kopenhagen 100 Kr.    | 112.10    | 112.32 | 112.15    | 112.38 |
| Italien . . . 100 L.  | 22.18     | 22.22  | 22.18     | 22.22  |
| London . . . 1 Pf.    | 20.407    | 20.447 | 20.414    | 20.454 |
| New York . . . 1 D.   | 4.1855    | 4.1935 | 4.1880    | 4.1960 |
| Paris . . . 100 Fr.   | 16.445    | 16.485 | 16.45     | 16.49  |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 80.52     | 80.68  | 80.57     | 80.73  |
| Wien 100 Schilling    | 58.95     | 59.07  | 58.98     | 59.10  |
| Prag . . . 100 Kr.    | 12.407    | 12.427 | 12.413    | 12.433 |

## Börsen und Märkte

Wochenrundschau nach dem Stand vom 16. Februar

Werte: Trotz der innerpolitischen Spannung zeigte die Börse in dieser Woche große Widerstandskraft. Das Geschäft war zwar vorwiegend still, aber die Kurse konnten sich durchweg behaupten. Die Spekulation nahm auf den verschiedensten Gebieten wieder Aufschwung vor. Das Interesse war vorwiegend auf Spezialwerte gerichtet. Freigabewerte, Farbenaktien, Elektropapiere lagen überwiegend fest. Auf die fortwährend günstigen Nachrichten am internationalen Außen-

markt wandte sich auch den Montanmärkten mehr Interesse zu. Auch die Anleihemärkte lagen etwas freundlicher.

Am Geldmarkt machte sich der Rebiotermin in einer stärkeren Nachfrage bemerkbar. Der Status der Reichsbank ist noch nicht so entlastet, daß man nicht die weitere Entwicklung abwarten könnte, zumal die internationale Situation ebenfalls zur Zurückhaltung mahnt.

Die deutschen Produktionsmärkte waren auf die anziehenden ausländischen Notierungen im Grundton fest, doch verstand sich die Käuferkraft nur schwer zur Bewilligung höherer Preise.

## Verschiedenes

### Fortsetzung des Kranzprozesses

W.A. Berlin, 18. Febr. (Tel.) Nachdem die Angekl. die Verhandlungsfähigkeit des Primarats Kranz festgestellt hatten, nahm die Verhandlung im Kranzprozeß heute ihren Fortgang. Der Angekl., der heute einen früheren Eindruck macht als am letzten Verhandlungstag, antwortet auf die Frage des Vorsitzenden, daß er sich verhandlungsfähig fühle. Als der Vorsitzende den Verteidiger aufruft, erklärt Rechtsanwält Dr. Frey: „Ich melde mich als Verteidiger.“ Vorsitzender Landgerichtsdirektor Duff: Das Gericht nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß der frühere Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Dr. Frey, die Verteidigung wieder übernommen hat, was der Erledigung des Prozesses sehr förderlich sein dürfte. Ich nehme Ihre Bestellung, Herr Rechtsanwalt Schulz, hiermit zurück und danke Ihnen für Ihre Bemühungen.

### Warenhausbrand in Hamburg

H.A. Hamburg, 18. Febr. (Tel.) Nach einer Meldung des „Samb. Fremdenbl.“ entstand gestern abend im Warenhaus Karl Stephan in Dömitz a. d. Elbe ein Großfeuer, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. In eine Vergung von Waren war nicht zu denken. Nachdem das Feuer etwa eine Stunde gewütet hatte, stürzte das Warenhaus unter lautem Krachen zusammen. Der Sachschaden wird auf 120—150 000 Reichsmark geschätzt.

### Schweres Bootsunglück bei San Francisco

W.A. San Francisco, 18. Febr. (Tel.) Auf dem zwischen San Francisco und Oakland verkehrenden Fährboot „Peralta“ ereignete sich gestern nachmittags eine schwere Katastrophe. Durch eine Sturzseele, die über das niedrige Borddeck ging, wurden etwa 40 Passagiere über Bord gespült. Es gelang, 19 Personen zu retten, die übrigen sind ertrunken. Der zurückgebliebenen Passagiere bemächtigte sich eine Panik.

## Staatsanzeiger

Nr. 14 914. Notlandungen von Flugzeugen

An alle Ortspolizeibehörden. Die untenstehende Zusammenstellung von Verhaltensmaßregeln bei Notlandungen von Flugzeugen wird zur Kenntnis gebracht. Für möglichst weitgehende Verbreitung dieser Richtlinien ist Sorge zu tragen.

Karlsruhe, den 15. Februar 1928.  
Der Minister des Innern  
Remmele

### Verhaltensmaßregeln bei Notlandungen von Flugzeugen

- Unzumutbares Verhalten der Bevölkerung bei Notlandungen von Flugzeugen außerhalb von Flughäfen hat wiederholt die Beteiligten gefährdet; es empfiehlt sich daher die Beachtung folgender Richtlinien:
1. Wenn ein Flugzeug landen will, muß das in der Lande- richtung liegende Gelände freigemacht werden. Ein zur Landung ansetzender Flugzeug schwebt und rollt in der Regel mehrere hundert Meter, ehe es zum Stillstand kommt. Es scheint es unmöglich, einem landenden Flugzeug auszuweichen, so werfe man sich zu Boden.
  2. Kinder sollten grundsätzlich ferngehalten, Tiere entfernt oder festgelegt werden.
  3. Solange die Propeller laufen, ist die Annäherung an das Flugzeug mit Lebensgefahr verbunden und zu vermeiden.
  4. In unmittelbarer Nähe gelandeter Flugzeuge ist wegen der Benzindämpfe der Motoren das Rauchen gefährlich und daher unbedingt zu unterlassen.
  5. Unterstützung der Flugzeuginsassen ist auf deren Verlangen oder soweit es die Umstände erfordern (z. B. bei Verletzung der Insassen) erwünscht; den Anordnungen des Flugzeugführers ist im Interesse der Sicherheit von Leben und Eigentum Folge zu leisten.
  6. Flurschaden ist zu vermeiden. Menschenansammlungen bei Notlandungen verursachen häufig mehr Flurschaden als das Flugzeug selbst. Wegen der Schäden, die das Flugzeug verursacht hat, ist der Grundeigentümer zur Feststellung des Flugzeughalters und Führers berechtigt; nach Feststellung der Persönlichkeiten darf der Weiterflug oder die Abfertigung des Flugzeuges nicht verhindert werden.

Dem Hessischen Landesverein vom Roten Kreuz und dem Alice-Frauenverein in Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 15. Februar 1928.  
Der Minister des Innern  
J. B. Föhrenbach

## Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern  
Ernannt:  
Zum Gendarmeriekommissar Gendarmerieoberwachmeister Josef Renhard in Bonndorf, Amt Neustadt.

Kanzleiaffistentin Emma Niekerer bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe zur Kanzleifretärin.

Ministerium des Kultus und Unterrichts  
Ernannt:  
Das Staatsministerium hat unterm 8. Februar 1928 im Einverständnis mit dem Erzbischöflichen Ordinariat den Finanzinspektor Karl Wienhard beim katholischen Oberstiftungsrat mit Wirkung vom 1. Januar 1928 zum Finanz- oberinspektor daselbst ernannt.

Berufen:  
Dem Privatdozenten an der Universität Freiburg Dr. Oskar Becker die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Gestorben:  
Geheimrat Professor Dr. Theodor Curtius an der Universität Heidelberg am 9. Februar 1928.

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. Kaiserstraße 231 Fernruf 4854/56  
Großhandel Kleinhandel

Erstklassige Ruhrkohlen, Koks, Briketts

Bellino & Cie., G.m.b.H. Emailler,  
Stanz- und Metall-Werke Göppingen

**SANAS-Koch-Back- & Brat-**  
**Geschirre sind die besten!**  
Garantie für jedes Stück  
Schutzmarke SANAS eingebraunt  
Nur in SANAS noch  
Backe, brat und koch!

Verkauf durch Geschäfte der Haus-  
Küchengeräte und Eisenbranche

**ALEMANNEN**  
**STRANDFEST** FROHE STUNDEN AM NECKAR

am 25. Februar, abends 8 Uhr  
in den  
hervorragend geschmückten  
Räumen der Festhalle

4 KAPELLEN, KÜNSTLERKABARETT  
IN DER NECKARDIELE (kl. Saal)  
NECKARTERRASSE (großes Podium)  
SCHLOSSKELLER (Biertunnel)

Eintrittspreise: Mitglieder 2,70 RM.,  
Nichtmitglieder 4,70 RM., Abendkasse 5,50  
RM., Studierende 2,70 RM., jeweils zuzügl.  
Steuer und Einlaßgebühr — Vorverkauf  
in den besonders kenntlich gemachten  
Geschäften — Anzug: für die Ruderer  
blauer Anzug und Klubbmütze; im übrigen  
Gesellschaftsanzug oder Sommeranzug  
In der Neckardiele (kleiner Saal) und  
auf der Neckarterrasse (großes Podium)  
sind eine beschränkte Zahl reservierter  
Stühle zu vergeben. Preis 1 RM. pro Stuhl;  
Bestellungen bei Herrn Stadtgartenein-  
nehmer Bronner

**Die Bekämpfung der Maul- und  
Klauserkrankheit.**

In Hochsteifen ist die Maul- und Klauserkrankheit aus-  
gebrochen. R. 556

Sperregebiet ist das verseuchte Gebiet.  
Als Beobachtungsgebiet gilt der übrige Teil der Gemeinde.  
Die Sperrzone umfaßt alle Gemeinden des 15 km-  
Umkreises.

Karlsruhe, den 16. Februar 1928. D. 3. 9  
Bad. Bezirksamt — Abt. IV. —

**Karlsruher Zeitung**  
**Badischer Staatsanzeiger**

offizielles Organ  
der badischen Regierung

Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet  
Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten,  
in Industrie-, Handels- und Gewerbezirkungen gelesen

Anzeigen aus Industrie,  
Handel und Gewerbe  
sind deshalb von ganz  
besonderer Wirkung

Geschäftsstelle:  
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14  
Telephon 952, 953, 954

1000 Dtz. weiße, leinene  
**Leintücher**

ohne Naht, garantiert Ia Ware, fehlerfrei, aus bestem  
edelstem Ia Leinengarn gewebt 110

160x250 cm groß, 1 Stück 7,80 RM.  
150x250 cm groß, 1 Stück 7,50 RM.

Kleinste Abnahme 1/2 Dtz. vers. per Nachn. fr. verz.  
Leinenweberei St. Marsik, Prag XII, Londynská 57  
Preisliste u. Muster von verschiedener Leinwand, Hand-  
u. Tischtücher gratis u. fr. Viele Danks. f. gute Bed.

**Rittergüter**  
und kleinere Güter  
mit besten und mittleren  
Bodenklassen haben wir Auf-  
trag, sehr preiswert zu ver-  
kaufen. Selbstkäufer mit  
nachw. Anzahlg. wollen sich  
direkt an uns wenden. 147  
Getreidegeschäft **Fürk &  
Alexander, Frankfurt  
a. D., Ober, Abt. Vermittlung.**

R. 554. Bruchsal. Ge-  
mäß § 204 R.-O. wird das  
Konkursverfahren über das  
Vermögen des Kaufmanns  
Abolf. Kappes in Bruchsal  
eingestellt, da eine den Kosten  
des Verfahrens entsprechen-  
de Konkursmasse nicht vor-  
handen ist.

Bruchsal, 11. Febr. 1928.  
Der Urkundsbeamte der  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts

**TH. und O. HESSIG**  
Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40  
G. 768 Gegründet 1878

**Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau**  
**Asphaltierungen**  
**Neuzeitlicher Straßenbau**  
Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.

**Pfälzische Hypothekbank.**

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 12. Dezember v. J. wurde beschlossen, das Aktienkapital unserer Gesellschaft von 5 105 000 RM. um 4 900 000 RM. auf 10 005 000 RM. unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre durch Ausgabe von neuen ab 1. Januar 1928 gewinnanteilsberechtigten Stammaktien zu erhöhen. Die jungen Aktien, eingeteilt in 9000 Stück zu 100 RM., 10 000 Stück zu 200 RM. und 2000 Stück zu 1000 RM., sind von einem unter Führung der Rheinischen Creditbank Mannheim stehenden Konsortium mit der Verpflichtung übernommen worden, sie den alten Stammaktionären im Ver-  
**hältnis von 1:1 zum Kurs von 115 vom Hundert zum Bezug anzubieten.**

Nachdem die mit der Kapitalerhöhung zusammenhängenden Satzungsänderungen nunmehr durch den Reichsrat und die Bayerische Staatsregierung genehmigt sind, fordern wir im Namen des Übernahme-Konsortiums hiermit unsere Stammaktionäre auf,

das Bezugsrecht bei Vermeidung des Verlustes in der Zeit vom **18. Februar bis 9. März einschließlich** während der üblichen Schalterstunden unter Einreichung der Mängel der alten Aktien nebst zwei gleichlautenden mit Nummernverzeichnis versehenen, bei den Bezugsstellen erhältlichem Anmeldebordruden auszuüben bei unseren Kassen in Ludwigsbafen a. Rh. und München, der Rheinischen Creditbank und der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A. G. in Mannheim und ihren sämtlichen Zweiganstalten, sowie dem Bankhaus G. Aufhäuser in München, ferner bei der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank in München und Nürnberg, bei der Bayerischen Vereinsbank in München und Nürnberg, bei dem Bankhaus S. Weichroder in Berlin, bei der Deutschen Bank Berlin und deren Filialen in München, Nürnberg und Frankfurt a. M., der Deutschen Vereinsbank in Frankfurt a. M., der Direction der Disconto-Gesellschaft Berlin und deren Niederlassungen in Frankfurt und Augsburg, der Dresdener Bank Filiale München, Nürnberg und Augsburg, der Frankfurter Hypothekbank in Frankfurt a. M. und der Mitteldeutschen Creditbank Filiale Augsburg vorm. Gebrüder Klopfer in Augsburg.

Auf die jungen Aktien sind bei der Ausübung des Bezugsrechtes zunächst **sofort 25 vom Hundert** des Nennwertes und das Aufgeld von **15 vom Hundert** des Nennwertes, also insgesamt **40 vom Hundert** bar einzuzahlen. Über die geleisteten Einzahlungen werden nicht übertragbare Kassenquittungen erteilt; die bis zur Vollzahlung der Aktien auszugebenden auf den Namen lautenden Interimscheine werden gegen Rückgabe der Kassenquittungen ausgehändigt. Die Bezugsstellen sind nicht verpflichtet, die Legitimation des Vorzeigers der Kassenquittung zu prüfen. Die Ausübung des Bezugsrechtes am Schalter ist provisorisch; bei Ausübung des Bezugsrechtes im Wege des Briefwechsels wird die übliche Bezugsprovision berechnet.

Ludwigsbafen a. Rh., den 17. Februar 1928. S. 166

**Pfälzische Hypothekbank.**

Erstklassigen  
**Straßenschotter**  
**Gleisschotter**  
**Betonschotter**  
**Betonsplitt**  
**Stücksteine · Grus · Sand**

liefert  
**PORPHYRWERK DOSENHEIM**

Tel. Heidelberg 4094 H. Vattor Tel. Heidelberg 4094  
Dossenheim a. d. Bergstraße  
(eolther Staatliches Porphyriwerk.)

**Städtische Sparkasse Gaggenau.**

**Bilanz per 31. Dezember 1927.**

| Vermögen.                                                | RM.                 | Verbindlichkeiten.          | RM.                 |
|----------------------------------------------------------|---------------------|-----------------------------|---------------------|
| 1. Kassenbestand                                         | 24 260,94           | 1. Spareinlagen             | 779 995,48          |
| 2. Darlehen auf Hypotheken                               | 523 374,51          | 2. Depottengelber           | 157 134,70          |
| 3. Darlehen in laufender Rechnung                        | 447 911,03          | 3. Giro- und Scheckeinlagen | 188 829,61          |
| 4. Darlehen gegen Schuld-scheine                         | 234 740,75          | 4. Girozentralen            | 106 990,75          |
| 5. Wechselbarlehen                                       | 5 539,55            | 5. Gesetzliche Rücklage     | 34 879,75           |
| 6. Darlehen bei Banken, Girozentralen und Post-scheckamt | 35 375,16           | 6. Reingewinn 1927          | 10 622,91           |
| 7. Einnahmerückstände für Aktivaansätze                  | 7 250,26            |                             |                     |
| 8. Inventar                                              | 1,-                 |                             |                     |
|                                                          | <b>1 278 453,20</b> |                             | <b>1 278 453,20</b> |

**Berechnung der Rücklage:**  
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 1 125 959,79 RM. Einlagen . . . 56 297,95 RM.  
Sie beträgt am Schluß des Jahres 1927 45 502,66 RM.  
somit weniger . . . 10 795,29 RM.

Gaggenau, den 10. Februar 1928. R. 549  
**Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:** Schneider, Bürgermeister.  
**Der Geschäftsführer:** Drehsel.

**Nehmen Sie** bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Druck G. Braun, Karlsruhe

**Bericht, Bekanntmachungen**  
**Nußholz-Verkauf.**

Die Gemeinde Büchenbronn, Amt Bfrozheim, verkauft freihändig 720 fm Nadelrundholz (darunter 43 fm Forlen). S. 157

Angebote wollen in Pro-  
zenten der Landesgrund-  
preise 1927 bis spätestens  
Montag, den 20. Februar 1928,  
nachmittags 5 Uhr, an den  
Gemeinderat eingereicht  
werden.

Listenauszüge und nähere  
Auskunft durch das Bürger-  
meisteramt (Fernspr. 212),  
Vorzeiger der Hölzer die  
Forstwart Schuder und  
Martin in Büchenbronn.  
Büchenbronn, 13. Febr. 1928.  
Der Gemeinderat.

**Freihändiger**  
**Nußholz-Verkauf.**

**Bad. Forstamt Offen-  
burg, Freitag, 24. Februar:**  
770 fm Nadelstammholz,  
teilweise Mastenholz, 34 fm  
Forlen- u. Kärchen-Stämme  
und -Abschnitte und 28 fm  
Buchen- und sonstiges Laub-  
stammholz. R. 553

Kosverzeichnisse durch das  
Forstamt.

**Freihandverkauf von**  
**Nadelstammholz**

**Das Bad. Forstamt**  
**Konstanz** verkauft aus den  
Staatswaldungen freihändig  
etwa 650 fm Nadelstamm-  
holz aller Klassen in 5 Losen.  
Angebote in Prozenten der  
Landesgrundpreise bis **24.**  
**Februar, vormittags 10 Uhr**  
erbeten. Kosverzeichnisse  
durch das Forstamt (Fern-  
ruf Nr. 318). R. 552

**Hochbauarbeiten.**

Für den Neubau einer  
Wohnhausgruppe für 21  
Zollbeamte und eines Fi-  
nanzamtsgebüdes in Neßl  
a. Rh. sollen die Zimmer-,  
Maler- und Dachdecker-  
arbeiten (Hörschwanz-  
doppelbach) nach der  
Reichsbedingungsordnung  
vergeben werden. R. 533

Zeichnungen und Bedin-  
gungen liegen am Mon-  
tag, den 20. und Dienst-  
tag, den 21. Februar 1928  
in Neßl a. Rh., Baubüro  
Germann-Dietrich-Straße  
Nr. 12 und vom 22. bis  
einschl. 24. Februar 1928  
beim Bezirksbauamt Of-  
fenburg zur Einsicht-  
nahme auf, wo auch An-  
gebotsbordrude, solange  
der Vorrat reicht, abge-  
ben werden.

Verhand nach auswärts  
findet nicht statt.

Die Angebote sind ver-  
schlossen und postfrei mit  
der entsprechenden Auf-  
schrift versehen spätestens  
am Dienstag, den 28. Fe-  
bruar 1928, vormittags  
10 Uhr, auf dem Bezirks-  
bauamt Offenburg ein-  
zureichen, wofolst um 11  
Uhr des genannten Tages  
die Eröffnung der einge-  
laufenen Angebote erfolgt.  
Offenburg, 18. Febr. 1928.  
Bezirks-Bauamt.

**Hochbauarbeiten.** Die Zim-  
merarbeiten für den Um-  
bau des Aufnahmegebäu-  
des Mannheim sind nach  
den technischen Vorschriften  
für Bauleistungen vom  
August 1925, sowie der  
Bedingungsordnung für  
Bauleistungen vom Jahre  
1926 öffentlich zu vergeben.  
Pläne und Bedingungen  
liegen bei der Hochbau-  
bahndirektion 2 Mannheim,  
Eingang östlicher Sperre-  
durchgang, zur Einsicht auf.  
Dafelbst Abgabe der Lei-  
stungsbezeichnungen. Ange-  
bote verschlossen, postfrei  
mit entsprechender Auf-  
schrift versehen, bis zum  
Eröffnungstermin am Frei-  
tag, den 24. Februar 1928,  
10 Uhr, an die unterzei-  
nete Dienststelle einzu-  
reichen. Zuschlagsfrist drei  
Wochen. Mannheim, den  
10. Februar 1928. Reichs-  
bahnbauamt 2. R. 519



**Badisches Landestheater**  
Sonntag, 19. Februar 1928  
Nachmittags  
4. Vorstellung der Sondernie  
für Auswärtige  
**Der Vogelhändler**  
von Zeller  
Musikalische Leitung:  
Rudolf Schwarz  
In Szene gesetzt von  
Otto Krauß

Kurfürstin Käuz  
Abelaide Wurt  
Baron Weps Löfer  
Stanislaus Reutwig  
von Scharnagel Nagel  
Süßle Rainbach  
Würmchen Ritter  
Adam Witt  
Brieschgristel Blank  
Schneek Schrauch  
Emmerenz Weittel  
Nebel Silian  
Jette Oster  
Dundel Lindemann  
Rauroner Meyer  
Egghi Rivinius  
Ragerl Kleinbud  
Zwilling Gröbinger  
Keller Kraus  
Weinleber Silian  
Piquere Gröbinger

Anfang 15 Ende geg. 18  
I. Rang und I. Sperrst  
4 RM.

Abends  
Außer Niete

**Festnacht-Kabarett**  
— Bunte Bühne —  
Künstlerische Leitung:  
Dr. Hans Waag  
Musikalische Leitung:  
Josef Krips,  
Rudolf Schwarz  
Tänze: Edith Vielesfeld  
Bühnenbilder:  
Torsten Hedt  
Kostüme:  
Margarete Schellenberg  
Technische Einrichtung:  
Rudolf Walat

1. Gallelajah, 2. Mexico,  
3. Der zum Bahnhof ge-  
rollte Käse, 4. Nelly Si-  
fiera, 5. Buzi Wops, 6. Tango,  
6. Überraschungen, 7. Be-  
schreibung in der Kommode,  
8. Ein- und zurück, 9. Sleich  
von Paul Hindemith. In  
Szene gesetzt von Otto  
Krauß, 9. New York, 10.  
Karlsruhe, 11. Das letzte  
Hotelbett oder: Silian od.:  
Die gelbe Hufe, 12. Das  
Musterquartett, 13. Char-  
leston, 14. Aufregende Sache  
mit gutem Ausgang.  
15. Nappentwöckh.

Anfang 19 1/2 Ende 22 1/2  
I. Rang und I. Sperrst  
9 RM.

Montag, 20. Februar 1928  
Außer Niete  
**Festn. Kabarett**  
— Bunte Bühne —  
Anfang 19 1/2 Ende 22 1/2  
I. Rang und I. Sperrst  
8 RM.

Die 21. Febr. nachmittags  
Mag und Morit. Hierauf:  
Die Puppenfee. Abends:  
Festnacht-Kabarett. (Bunte  
Bühne)

**COLOSSEUM**  
Waldstraße 16  
Telephon 5599

Täglich 8 Uhr  
Sonntags 4 u. 8 Uhr

**Die große**  
**REVUE**  
Das lebende  
Magazin

**Les' Bücher**  
Wissen ist Macht!